Was bedeutet die Abschaffung der Arbeitslosenhilfe?

An Stelle der Arbeitslosenhilfe soll künftig das "Arbeitslosengeld II" in Höhe der Sozialhilfe treten. Arbeitslose erhalten es nur bei "Bedürftigkeit": Vermögen und Partnereinkommen wird berücksichtigt. Auch bei der Arbeitslosenhilfe kommt es zwar auf die Bedürftigkeit an. Die Leistung liegt aber deutlich über der Sozialhilfe und beträgt 53 Prozent des Nettoeinkommens, bei Arbeitslosen mit Kindern bei 57 Prozent. Je niedriger die Leistung, desto schärfer die Anrechnung des Partnereinkommens.

Betroffen sind bereits DurchschnittverdienerInnen:

Wie sich die Ersetzung der Arbeitslosenhilfe durch das Arbeitslosengeld II auswirkt, zeigt das Beispiel eines Ehepaares mit Kind (15J): Er hat früher durchschnittlich verdient (2.197 € brutto, Steuerklasse III) und ist nun langzeitarbeitslos. Sie ist weiter erwerbstätig

Die Gefahr besteht durchaus. Es

gibt Vorschläge, nach denen die

Partnereinkommen von ALG II Be-

ziehern wie bei der jetzigen Sozi-

alhilfe angerechnet werden. Dies

würde dazu führen, dass bei den

betroffenen Familien das zur

Verfügung stehende Haushaltsein-

kommen so gering ist, dass für die

Kinder ergänzende Sozialhilfe bean-

tragt werden muss. Unsere Forde-

und verdient zwei Drittel eines Durchschnittslohns (1.465 € brutto, Steuerklasse V). Derzeit hat diese Familie mit Erwerbslohn, Arbeitslosenhilfe einschließlich Kindergeld ein Nettoeinkommen von 1.820 €. Mit dem geplanten "Arbeitslosengeld II" würde das Haushaltseinkommen, nachdem die befristeten, degressiven Zuschläge ausgelaufen sind, auf 1.358 € absinken. Ein monatlicher Einkommensverlust von 462 €. Sie liegen damit, trotz der Vollzeiterwerbsarbeit der Frau nur etwa 250 € über dem Sozialhilfeniveau.

Ein zweites Beispiel:

Die Ehepartner verdienen jeweils 1300 € brutto. Die Frau wird arbeitslos. Sie erhält erst 560 € Arbeitslosengeld, danach bislang Arbeitslosenhilfe in Höhe von 495 €. Zusammen mit dem Verdienst des Ehemannes von 930 € Netto verfügen sie über 1425 €. Künftig

erhält die Ehefrau 123 € Arbeitslosengeld II.

Differenz: 302 € pro Monat. **Jede/r Dritte fällt raus**

470.000 Arbeitslose sollen zukünftig keinerlei Arbeitslosenunterstützung mehr erhalten. Betroffen sind 1,2 Millionen Menschen. Die Leistungen werden generell gesenkt und Partnereinkommen wird verschärft angerechnet, außerdem schließen zu hohe Sparguthaben künftig jeden Leistungsbezug aus. Sie erhalten auch keine Sozialhilfe, weil sie nicht als bedürftig gelten. Die Bewältigung der Arbeitslosigkeit wird für diese Haushalte vollständig privatisiert. Hinzu kommt, dass die aus dem Leistungsbezug Ausgegrenzten auch ihren Kranken- und Rentenversicherungsanspruch verlieren und sich selbst absichern müssen.

(Nach Berechnungen des DGB und der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen, Bielefeld)



Foto: www.arheiterfotografie

■ Markus Kurth ■ MdB und sozialpolitischer Sprecher

Fallen die Kinder von ALG II-Beziehern in die Sozialhilfe?

rung, dass Kinder kein Armutsrisiko sein dürfen, muss natürlich auch beim ALG II gelten. Aus diesem Grund muss das neue Leistungssystem vor allem für Familien mit Kindern armutsfest sein. Die genauen Modalitäten der Unterhaltsleistungen für ALG II Bezieher sind ein wichtiger Punkt. die Knackpunkte der anstehenden Verhandlungen mit der SPD. Ich sehe hier eine neue Gelegenheit, unserer Idee einer Kindergrundsicherung durchzusetzen.

Auch aus einem anderen Grund müssen wir bei der Anrechnung der

Partnereinkommen genau auf die Details achten. Hinter scheinbaren Kleinigkeiten wie den Anrechnungsbedingungen der Partnereinkommen können sich große Verschiebungen verstecken. Orientiert man sich beispielsweise an den Vorgaben des Sozialhilferechtes, werden gerade Langzeitarbeitslose Partner-Innen, die mit einem Zuverdienst zum Haushaltseinkommen beigetragen haben ihren eigenen Leistungsanspruch verlieren. Dies betrifft überwiegend Frauen. Verdient bei einem Kinderlosen Paar der Partner mehr als ca. 1100 Euro netto im Monat, liegt das Haushaltseinkommen über den jetzt geltenden Sozialhilfesätzen. Eine vormals hinzuverdienende Ehefrau verlöre bei diesem Beispiel ihren Leistungsanspruch und in der Regel auch den Zugang zu Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Wir müssen darauf achten, dass die neuen Vorschläge nicht zur Ausgrenzung von Frauen aus dem Arbeitsmarkt führen. Einsparen von Kosten und die Verbesserung von Statistiken, darf nicht auf dem Rücken von Frauen ausgetragen werden. Die Bundestagsfraktion und die Sozialpolitische Kommission der Partei haben sich hier eindeutig festgelegt: Bei der Anrechnung des Partnereinkommens muss die Dauer der eigenen Erwerbstätigkeit bei der jeweiligen Höhe des Freibetrags für das anzurechnende Partnereinkommen berücksichtigt werden. Damit wird verhindert, dass Frauen, die nach Jahrzehnte sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung in die Arbeitslosigkeit fallen, alle Wege zurück in die Berufstätigkeit verbaut sind.

■ Karin Hujer ■ Kreisvorstand Weilheim-Schongau und Betriebsrätin der Siemens AG, München

Gelebte Praxis von Großkonzernen - auch der Siemens AG

Bei uns in München, der Siemens AG, Standort Hofmannstraße mit über 10.000 Beschäftigten, drohte die Firmenleitung letztes Jahr mit insgesamt 2.600 Entlassungen. 2.300 bei ICN Information and Communication Networks und 300 bei ICM (Mobile).

Wir Betriebsräte schlugen der Konzernleitung vor, die 4-Tage-Woche, wie sie bei VW praktiziert wird, einzuführen um die Arbeitsplätze zu sichern. Dies wurde abgelehnt. Wir wollten Insourcing, denn am Standort Hofmannstraße sind über 2.500 externe Mitarbeiter, sogenannte Consultants beschäftigt. Diese kommen von externen Firmen als eine Art "Leiharbeiter". Die Firmenleitung hatte in einer Betriebsvereinbarung einer Arbeitszeitverkürzung zugestimmt, sie wird aber nicht umgesetzt.

Die erste Entlassungswelle war im Januar. Die Firmenleitung hatte 366 Kündigungsbegehren dem Betriebsrat übergeben, wovon sie jedoch nur 210 Kündigungen aushändigen konnte. Denn die restlichen hatten einen besonderen Kündigungsschutz, waren schwanger, schwerbehindert oder Jubilare (mindestens 25 Jahre bei der Firma). Die 210 Gekündigten haben

fast alle beim Arbeitsgericht geklagt. Denn die soziale Auswahl wurde nicht getroffen. 1/3 waren Frauen, die meisten alleinziehend, obwohl es nur einen Frauenanteil von 1/4 gibt. 2/3 der Gekündigten waren älter als 45 Jahre. Bereits im Vorfeld dieser Kündigungen versuchte die Firma ältere Mitarbeiter zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses mittels Aufhebungsvertrag und Altersteilzeit zu bewegen. Den Rechtsbeiständen und den Gewerkschaftsvertretern, die zum Betriebsrat und Betriebsversammlungen kommen wollen wird der Zutritt, der ihnen per Gesetz verbrieft ist, verwehrt. Der Betriebsrat führt gegen die Firmenleitung fast 50 Verfahren.

Mitarbeiter, die ihre Freistellungsprozesse gewonnen haben, eine Schwerbehinderung ab November 2002 beantragt sowie ältere ab 55 Jahre, hat man in ein Gebäude der Zielstattstraße verfrachtet, die einige Straßen (ca. 2,5 km) weiter weg liegt. Man will Ruhe am Standort. 300 bis 600 MA wird angeboten in die beE (Auffanggesellschaft) zu wechseln. Wer dieses Angebot nicht innerhalb von 4 Wochen annimmt, muß mit einer Kündigung rechnen. Diese Auffanggesellschaft befindet

sich innerhalb der Siemens AG, Standort Hofmannstraße, allerdings in der Garmischer Straße, einige Kilometer weiter weg. Die Mitarbeiter sollen hier in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. Einige von diesen beE-lern wurden an externe Firmen vermittelt und dort fest eingestellt. Jetzt arbeiten sie für weniger Geld über diese Leihfirmen bei der Siemens AG an ihren alten Aufgaben. Sie erhalten 85% ihres letzten Nettogehaltes. Davon zahlt das Arbeitsamt 60% und subventioniert die beE's und das nicht nur bei Siemens sondern den meisten großen deutschen Konzernen!

Die Siemens AG hatte letztes Jahr das zweitbeste Geschäftsergebnis in der 155jährigen Geschichte der Siemens AG! Der Vorstand genehmigte sich letztes Jahr eine Gehaltserhöhung um 45%. Alle anderen Großkonzerne und Banken hatten ebenfalls riesige Gewinne.

Der Arbeitnehmer ist nur noch Ware, die so billig wie möglich sein. Personal raus - Reibach rein. Cash is King!

Bitte seht Euch alle hierzu das Internet-Netzwerk der Mitarbeiter der Siemens AG an: http://www.nci.migm.de



■ Stefan Riese ■ Vorstand KV Münster

Arbeitsplätze schaffen durch Senkung der Lohnnebenkosten?

Die meisten Sozialkürzungen zielen auf eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer. Die von Arbeitgebern und Arbeitnehmern je zur Hälfte getragenen Sozialbeiträge werden gesenkt, gleichzeitig müssen die ArbeitnehmerInnen diese Kürzungen durch Zusatzmaßnahmen ausgleichen, die sie allein bezahlen müssen. So bei der Riester-Rente, demnächst auch bei der Krankengeldversicherung. Oder sie müssen Praxisgebühren und höhere Rezeptgebühren bezahlen, und bestimmte Gesundheitsleistungen selbst bezahlen.

Die Unternehmen, so wird behauptet, würden wegen zu hoher Lohnkosten die Arbeit lieber durch Maschinen erledigen lassen. Besserung bringe nur die Senkung der Lohnkosten. Diese Meinung bestimmt die Politik der Bundesrepublik seit mindestens Anfang der achtziger Jahre.

Verheerender Erfolg dieser Politik

Der geeignete Maßstab für die Lohnentwicklung ist die Entwicklung der Produktivität, d.h. der Wertmenge, die pro Arbeitsstunde geschaffen wird. Die Reallohnposition gibt an, wie sich die Reallöhne im Vergleich zur Produktivität entwickelt haben (Reallohnänderung minus Produktivitätsände-

In den USA ist die Reallohnposition im Zeitraum von 1980 bis 2001 fast gleich geblieben, da sie um nur 3% gesunken ist; d.h. die Löhne stiegen in 21 Jahren nur um 3% langsamer als die Produktivität. In Frankreich hingegen ist die Reallohnposition im selben Zeitraum um 13%, in Deutschland sogar um 17% gefallen. Nach Meinung der Umverteiler, haben Frankreich und Deutschland also richtig gehandelt, die USA hingegen haben versagt. In Deutschland wurde diese Lohnentwicklung dadurch bewirkt, dass Arbeitgeber und die Kohl-Regierung den Gewerkschaften, wenn sie Lohnerhöhungen in Höhe der Produktivitätssteigerung forderten, Egoismus vorwarfen.

In den USA betrug die Arbeitslosenquote 1980 7% und 2001 nur noch 4%. Die Neoliberalen müssten dies erstaunlich finden, da die USA ihrer Meinung nach kaum was zur Schaffung neuer Jobs getan haben.

Noch niederschmetternder ist das Ergebnis für die Freunde dieser Politik, wenn man die Länder mit deutlicher Lohnstückostensenkung betrachtet: Deutschland hatte 1980 eine Arbeitslosigkeit von 3% und Frankreich von 6%. 2001 lag die Arbeitslosigkeit in Deutschland bei über 7% und in Frankreich bei fast

Gerade in den Ländern, die die Lohnkosten deutlich gesenkt haben, ist die Arbeitslosigkeit also stark gestiegen, während sie in den USA bei fast neutraler Lohnkostenentwicklung im selben Zeitraum gesunken ist!

Während der deutsche Export sich in den letzten Jahren gut gehalten hat, ist die Inlandsnachfrage hierzulande stark rückläufig. Die Umverteilung zu Lasten der ArbeitnehmerInnen bewirkt natürlich, dass sie weniger konsumieren. Und, wenn weniger konsumiert wird, kann natürlich auch weniger hergestellt werden.

Die ausführliche Analyse von Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker: "Löhne und Arbeitslosigkeit im internationalen Vergleich". (www.flassbeck.de)

Alternativen zur Agenda 2010

Neue Arbeit und Arbeitsplätze – ökologisch und sozial

Mehr als 4,5 Millionen Menschen sind in Deutschland ohne Arbeit — das sind die offiziellen Zahlen. Rechnet man all die Menschen dazu, die zur Zeit noch in einem vorübergehenden Beschäftigungsprogramm stecken oder Sozialhilfe erhalten, sind es in Wirklichkeit fast 7 Millionen — eine dramatische Zahl. Grund dafür sind fehlende Arbeitsplätze. Dabei gibt es gesellschaftlich notwendige und sinnvolle Arbeit genug, z.B. im ökologischen Bereich und in der Gesundheitsversorgung. Doch in der jetzt geführten Debatte spielen Überlegungen, wie diese gesellschaftlich sinnvolle Arbeit nutzbar gemacht werden kann, keine Rolle. Dies gilt auch für Themen wie eine generelle Arbeitszeitverkürzung auf 35 oder gar 30 Stunden, wie sie Grüne und Gewerkschaften in der Vergangenheit immer wieder eingebracht haben. Dabei ist jedem klar, dass die Arbeit, die jetzt vorhanden ist, anders verteilt werden muss, will man ernsthaft an den Arbeitslosenzahlen etwas verändern. Denn die Produktivität nimmt weiter zu und immer weniger Menschen produzieren immer mehr

Die großen Gewinne, welche unsere Kapitalgesellschaften immer noch erzielen, werden nicht in Personaleinstellungen investiert, wie es noch vor kurzem von den Arbeitgeberverbänden versprochen wurde, sondern weiter in kapitalintensive aber personalsparende Anlagen. Daher spielt auch die Thematik des Abbaus von Überstunden in der Debatte kaum eine Rolle. Denn die vorhandenen komplizierten Techniken lassen sich oft nur von Spezialisten bedienen, die aus Sicht der Arbeitgeber besser länger arbeiten, als dass dafür Arbeitslose eingestellt werden. So kann auch die effektivste Arbeitsvermittlung nicht helfen, wenn immer weniger Arbeitsplätze zur Verfügung stehen, und für gering Qualifizierte bleibt meist nur noch der Weg in die Dauerarbeitslosigkeit.

In dieser Situation, wo durch das Sinken der Realeinkommen und der damit verbundenen Kaufkraftverluste die Binnennachfrage nachlässt und die Grenzen des Wachstums erreicht scheinen, müssen wirksame Investitionsprogramme und Beschäftigungsprogramme zum Zuge kommen, will man die Arbeitslosigkeit tatsächlich wirksam bekämpfen. Doch ohne eine deutlich Korrektur des bisher eingeschlagenen Wegs in der Steuerpolitik wird dies nicht gelingen. Gerade Länder und Kommunen, die in Schulen, Krankenhäusern, der Altenpflege oder im Umweltschutz enorme Nachhol- und Investitionsbedarfe haben, die zu neuen Arbeitsplätzen führen würden, fehlt es an den notwendigen Mitteln. Eine ökologische und soziale Politik für mehr Arbeitsplätze ist daher mit der Agenda 2010 nicht zu haben.

Rüdiger Sagel, MdL NRW wirtschaftspolitischer Sprecher

"Weg vom Öl" – sichere Arbeitsplätze mit Zukunftstechnologien

Reformen müssen am Ziel einer nachhaltigen Entwicklung ausgerichtet sein. Die agenda 2010 blendet die ökologische Dimension total

aus und kommt so zu unvertretbaren Belastung von Arbeitslosen.
Nachaltige Entwicklung bietet zahlreiche neue Beschäftigungsfelder,
die gezielt erschlossen und gefördert werden müssen. Energieimporte
müssen durch technologischen Fortschritt, Arbeitsplätze im Handwerk,
kleinen und mittleren Unternehmen und neue Dienstleistungen in der
Energieberatung und im Energieverkauf ersetzt werden.

Unsere gesamten Infrastrukturen müssen ökologisch neu ausgerichtet werden. Die entscheidenden Weichen werden in den nächsten zehn Jahren gestellt. Dabei werden viele qualifizierte Arbeitskräfte gebraucht.

Die Alternative zu ALG II: Soziale Grundsicherung

Eine Alternative zu den Einsparungen bei Arbeitslosen in Höhe von 3,5 Mrd EUR ist die Einführung einer Grundsicherung, wie sie Bündnis 90/Die Grünen fordern.

"Die Grundsicherung ersetzt die Sozial- und Arbeitslosenhilfe – sie zu bekommen ist ein Recht und kein Almosen. Eine schlichte Umwandlung der Arbeitslosenhilfe in Sozialhilfe zur Durchsetzung weiterer Kürzungen der Unterhaltsleistungen für Arbeitslose lehnen wir ab", so heißt es im grünen Grundsatzprogramm.

Die Grundsicherung liegt deutlich über der Sozialhilfe. Diese wird den heutigen Anforderungen nicht mehr gerecht. Die bedarfsorientierte Grundsicherung soll tatsächlich Armut verhindern, indem die Leistungen den gestiegenen Lebenshaltungskosten angepasst werden. Dabei muss auch berücksichtigt werden, was Menschen brauchen, um am kulturellen und politischen Leben teilzunehmen. Wer aufgrund von Handicaps oder seines Alters auf Unterstützung angewiesen ist, erhält einen erhöhten Grundsicherungsbetrag. Eine Grundsicherung für Kinder stellt sicher, dass Eltern und Alleinerziehende mit geringem Verdienst nicht unter die Armutsschwelle geraten.

Die Grundsicherung wird weitgehend pauschaliert gezahlt. Damit können sie sich auf die Beratung der Bürgerinnen und Bürger konzentrieren und zu gleichberechtigten Partnern in einem lokalen Verbund von Netzwerken und Dienstleistungsunternehmen entwickeln. Die Grundsicherung ist steuerfinanziert und wird die Kommunen finanziell entlasten. Wir halten es für notwendig, dass durch eine verstärkte Heranziehung von Einkommen aus Vermögen und Unternehmertätigkeit ein wesentlicher Beitrag zur Solidargemeinschaft geleistet wird.

Alle Berechtigten erhalten sozialen Schutz ohne Diskriminierung. Ihr Zugang zum Arbeitsmarkt wird verbessert. Alle Arbeitsuchenden werden berechtigt, an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik teilzunehmen.

Bürgerversicherung: breitere Basis und mehr Solidarität!

Unsere Zielrichtung heißt Bürgerversicherung. Dazu wollen wir die Parität bei der Finanzierung durch Erwerbseinkommen erhalten, sie aber ergänzen.

- weitere Gruppen sollen in die Sozialversicherung einbezogen werden (z.B. Selbständige, Mandatsträger, Beamte).
- Andere Einkommensarten, wie z.B. Einkünfte aus Vermögen, sollen in Zukunft zur Finanzierung mit herangezogen werden.
- Die Aufhebung der Pflichtversicherungsgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze darf kein Tabu sein, Besserverdienende dürfen sich nicht aus der Solidarität stehlen.